PB.Z-01-055-2

Kapitel 5: Zusammen leben

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Reiner Daams (KV Solingen)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

In Zeile 55:

Wir machen den Staat ~~effektiver~~dynamischer und bürger*innennäher

Für eine umfassende Reform des Öffentlichen Dienstes

Nicht zuletzt die Corona-Krise hat gezeigt, dass die aktuellen Strukturen der öffentlichen Verwaltung nicht mehr zeitgemäß sind. Auch die schleppenden Prozesse der Digitalisierung und wenig zielorientiertes Vorgehen etwa in den Bereichen von Klimaschutz, Sozialer Sicherung, Wohnungsmarkt oder Bildung zeigen immer wieder den umfassenden Reformbedarf auf. Technisierung allein führt nicht zum Ziel. Gefordert ist ein umfassender kultureller Wandel, der die staatlichen Institutionen zu mehr Dynamik, höhere Effektivität und größerer Bürger*innennähe befähigt.

Dafür braucht es eine öffentliche Verwaltung mit einem modernen einheitlichen Dienstrecht, sehr viel größerer personeller Durchlässigkeit zwischen den staatlichen Institutionen und der Wirtschaft unter Beachtung möglicher INteressenskonflikte, eine deutliche Attraktivierung der Verwaltung als Arbeitgeberin mit einer neuen Arbeitskultur mit flacheren Hierarchien und agilen Organisationsstrukturen.

Die Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und Bund muss daher im Sinne eines modernen Föderalismus überprüft und die dienstrechlichen und organisatorischen Grundlagen der öffentlichen Verwaltung modernisiert werden.

Eine solche umfassende Reform braucht große überparteiliche Mehrheiten; politische wie gesellschaftliche. Wir werden im nächsten Bundestag für die Einsetzung einer Enquetekommission sorgen die diese große Reform des Öffentlichen Dienstes mit Expert*innen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft für die folgende Legislatur vorbereitet.

Begründung

Die bisherigen Vorschläge in diesem Kapitel sind alle darauf ausgerichtet einzelne Probleme im Öffentlichen Dienst zu lösen. Das ist notwendig, aber nicht ausreichend, um die staatlichen Institutionen dazu zu befähigen, die großen Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Deshalb sollte eine solche Enquete die Grundlagen für eine große Reform der öffentlichen Verwaltung erarbeiten.

weitere Antragsteller*innen

Boris Schwartz (KV München); Dennis Paustian-Döscher (KV Hamburg-Wandsbek); Detlef Fritz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Werner Stürmann (KV Düsseldorf); Anne Lütkes (KV Köln); Rainer Lagemann (KV Steinfurt); Gisela Nacken (KV Aachen); Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Leon Kröck (KV Solingen); André Meral (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Susanne Zissel (KV Berlin-Spandau); Felix Siegert (KV Solingen); Thomas M. Fischer (KV Oder-Spree); Christian Wendel (KV Solingen); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Ulrich Burmeister (KV Bielefeld); Lorena Matera (KV Solingen); Thilo Schnor (KV Solingen); Martin Münter (KV Solingen); Iris Michelmann (KV Solingen); Karin Robinet (KV Bonn)